

Text: Kai Gehring, MdB

Bürgerorientierung als Leitbild grüner Kommunalpolitik

Die Kommunen stehen vor gravierenden Problemen und Herausforderungen, wie den Klimaschutz, den demografischer Wandel und zukunftssichere Finanzpolitik, deren erfolgreiche Bewältigung eine aktive Mitwirkung und Beteiligung der Bürgergesellschaft erfordert. Unter dem Begriff der „Bürgerkommune“ ist in den letzten Jahren endlich eine Debatte darüber in Gang gekommen, wie und in welcher Form Bürgerinnen und Bürger in die kommunalen Gestaltungsprozesse eingreifen, sich beteiligen und engagieren können.

Die bürgerorientierte Kommune ist ein zentrales Ziel grüner Politik vor Ort. Sie ist Leitbild und grünes Essential zugleich. Ein partnerschaftliches und respektvolles Verhältnis und ein gutes Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und BürgerInnen bringen allen Seiten Vorteile. So verstandene Bürgerorientierung fördert Beteiligung und Bürgerengagement, stärkt das Gemeinwesen sowie den lokalen Zusammenhalt und erhöht die Effizienz, Qualität und Legitimität von politischen Entscheidungen.

Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren der Anteil bürgerschaftlich engagierter Menschen gestiegen. Gerade Jugendliche sind dabei eine besonders engagementbereite Generation. Zugleich gibt es eine wachsende Bereitschaft von älteren Menschen, an der Gestaltung des Gemeinwesens aktiv mitzuwirken. In dieser Bereitschaft sehen wir großes Potenzial und eine Chance für die Zivilgesellschaft, für neue Formen von Beteiligung, ideenreiche Stadtteilkultur und ein kreatives Miteinander aller Generationen. Bürgerschaftliches Engagement kann mit sozialen Netzwerken gesellschaftliche Teilhabe und Integration fördern. Dazu braucht es allerdings einen bürgernahen Dialog und nachhaltige Rahmenbedingungen, zum Beispiel Anlaufstellen mit professionellen Beratungen und einen klugen Mix aus freiwilligen und professionellen Strukturen.

Wir wollen, dass das Engagement von Freiwilligen im Sinne einer tatsächlichen Anerkennungskultur gewürdigt wird. Denn bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung kann man ebenso wenig einfach nur einfordern, wie es umsonst zu haben ist. Die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation ist für uns vielmehr ein emanzipatorischer Ansatz, der Kreativität und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger fördert. Wir setzen uns außerdem für eine Förderung der institutionellen Infrastruktur, z.B. den Ausbau unabhängiger Netzwerke, für eine weitere Stärkung der Freiwilligenagenturen, für Engagementförderung in Schulen und der Kinder- und Jugendhilfe sowie für mehr Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürger ein.

Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Bürgerhaushalte sind dabei besonders „prominente“ Instrumente direkter Demokratie, bei denen die Bürgerschaft über eine kommunale Fragestellung abstimmt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an gängigen und neuen, Engagement fördernden Instrumenten, die in der kommunalen Praxis eine stärkere Rolle spielen sollten. Besonders wichtig sind dabei:

- Bürgerbüros und Bürgerbeauftragte
- Freiwilligen-Agenturen zur Vermittlung Ehrenamtlicher
- Stadtteil-Foren, Runde Tische und Netzwerke
- Ideenbörsen/ Ideen- und Beschwerdemanagement
- Mediationsveranstaltungen und Audit-Verfahren
- Planungszellen und Bürgergutachten
- projektorientiertes Handeln und Planen
- Zukunftswerkstätten und Zukunftskonferenzen

Diese Instrumente beleben die lokale Demokratie: Sie fördern die Engagementbereitschaft der BürgerInnen, ermöglichen Mitgestaltung und Beteiligung. Sicher sind sie kein Allheilmittel, aber ein wichtiger Beitrag, Partizipation zu steigern und repräsentative Strukturen zu ergänzen.

Allerdings müssen Partizipation und Bürgerengagement wirklich gewollt und anerkannt sein: Werden Ergebnisse von Beteiligungsprozessen bei der Umsetzung ignoriert, verkommen bürgerorientierte Verfahren zu bloßen Alibiveranstaltungen. Werden Freiwillige übergangen oder fühlen sich in ihrem Engagement ausgenutzt, droht Frustration und Politikverdrossenheit. Es besteht zudem oftmals seitens der Bürgerinnen und Bürger die Sorge, bürgerschaftliches Engagement könne als Lückenbüßer und Ersatz für professionelle Infrastruktur und staatliche Verantwortung missbraucht werden. Wir sind der Meinung, dass bürgerschaftliches Engagement professionelle Strukturen weder ersetzen kann noch sollte. Es muss jedoch vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden, wie ein neues, kooperatives Verhältnis zwischen Bürgern, Verwaltung und Wirtschaft entstehen kann. Damit können wir die Vision „grüne Bürgerkommune“ in der kommunalen Praxis umsetzen und mit Leben füllen.